

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

der Start in die aktuelle Kalenderwoche war für viele Pendler und Schüler im Landkreis Forchheim eine Qual. Pünktlich zum Wintereinbruch in der Region, muss die **Gräfenbergbahn** seit Beginn der Woche auf Teilen der Strecke durch Schienenersatzverkehr (SEV) überbrückt werden. Ein abgesackter Bahndamm zwischen Heroldsberg und Eschenau ist der Grund für eine wochenlange Sperrung der Strecke – nach neuesten Informationen bis mindestens zum **21.12.2017**. Grundsätzlich stellt eine solche Streckensperrung kein Problem dar, wenn der SEV durch die Verantwortlichen vernünftig geplant ist und funktioniert. Dies war leider nicht der Fall und hunderte Schüler und Pendler standen am Montagmorgen in der Kälte und das teilweise über Stunden. Als verkehrspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion habe ich direkt alle Hebel in Bewegung gesetzt und bei den Verantwortlichen nachgefragt und darauf gedrängt, dass der SEV ab sofort mit mehr Kapazität ausgestattet werden muss. Es kann nicht sein, dass Schüler und Pendler bei diesen kalten Temperaturen einfach stehen gelassen werden. Entsprechend habe ich die Woche in München genutzt, um im Bayerischen Landtag einen Antrag einzureichen. Ich fordere die Staatsregierung darin auf, zeitnah darüber zu berichten, wieso die Gräfenbergbahn bei Zugausfällen so anfällig ist. Ich möchte hierzu nicht nur Vertreter der Staatsregierung im zuständigen Wirtschafts- und Verkehrsausschuss anhören, sondern auch Vertreter der Deutschen Bahn und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. Wir müssen den Problemen schon auf Landesebene auf den Grund gehen, damit die Gräfenbergbahn in Zukunft keine Pannenbahn mehr ist. Ich bitte Sie abschließend höflichst darum, mich auch weiterhin zu informieren, sollte es wieder zu Pannen im SEV kommen und wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen meines Newsletters.



R ü c k b l i c k

Der Alleingang von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt zur Verlängerung des Einsatzes von Glyphosat hat bundesweit Empörung ausgelöst. In einem Dringlichkeitsantrag haben wir die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene zeitnah für ein **Glyphosatverbot** in Deutschland einzusetzen, das deutlich unter der Fünfjahresfrist der EU liegt. Wissenschaft und landwirtschaftliche Fachberatung müssen rasch Konzepte zum Glyphosatausstieg in der Landwirtschaft entwickeln.

Mit unserer Initiative zur **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge** haben wir FREIE WÄHLER wieder einmal eine längst überfällige Diskussion angestoßen. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir eines der größten Ärgernisse für die Menschen in Bayern beseitigen. Nach der derzeitigen Regelung müssen sich einzelne Anwohner mit bis zu sechststelligen Beträgen am Ausbau der Straßen beteiligen – ohne Mitspracherecht und ohne erkennbare Vorteile für die Grundstückseigentümer. Das muss sich ändern! Die Steuereinnahmen sprudeln und der Freistaat ist durchaus in der Lage, den Ausbau von Anliegerstraßen selbst zu bezahlen. Konkret sieht unser Gesetzentwurf vor, das Kommunalabgabengesetz und das Gesetz zum Kommunalen Finanzausgleich dementsprechend zu ändern. Die Mehrbelastung der Kommunen könnte durch eine Erhöhung des Kommunalanteils am Kraftfahrzeugersatzsteuerverbund aufgefangen werden. Dazu müsste lediglich der kommunale Anteil dieser staatlichen Einnahmen von bislang 50 Prozent auf 75 Prozent erhöht werden. Die Gesetzesänderung wäre nicht nur für die Grundstückseigentümer vorteilhaft. Auf diese Weise würden wir auch den Verwaltungsaufwand in Städten und Gemeinden reduzieren. Unser Vorstoß hat inzwischen auch bei der CSU erste Bewegungen ausgelöst. Ihre Redner kündigten am Mittwoch in der Plenardebatte an, die bisherige Regelung, nach der Kommunen Straßenausbaubeiträge erheben „sollen“, in eine „Kann“-Vorschrift umzuwandeln. Mit diesem ungenügenden Vorschlag werden wir uns keinesfalls zufriedengeben. Falls die Staatsregierung unseren Weg nicht mitgeht, werden wir FREIEN WÄHLER ein Volksbegehren einleiten.

Wir wollen den **Jugendschutz bei Computerspielen ausweiten**. Derzeit verstärkt sich in dieser Sparte ein Trend, bei dem spielwesentliche Inhalte über sogenannte Beuteboxen (englisch: „loot boxes“) als kostenpflichtige Extras angeboten werden. Wer als Computerspieler diese Zusatzkäufe nicht tätigt, kommt im weiteren Verlauf des Spiels schnell nicht mehr weiter oder bleibt im Spielerfolg deutlich hinter den Mitspielern zurück. Unserer Überzeugung nach gehören solche 'Beuteboxen' gegen Geld eindeutig zum Bereich Glücksspiel. Deshalb fordern wir eine Änderung des Jugendschutzgesetzes sowie die Ergänzung entsprechender Vorgaben der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) und der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM). Computerspiele, die derartige „Beuteboxen“ oder vergleichbare Inhalte gegen Geld anbieten, sollen erst ab einem Mindestalter von 18 Jahren zu kaufen sein. Denn gerade Kinder und Jugendliche werden durch solche Spielelemente einem starken emotionalen Druck ausgesetzt. Obwohl sie das Spiel längst gekauft haben, sollen und müssen sie oft zusätzliches Geld investieren, um weitere wesentliche Spielelemente zu erwerben. Das fördert bereits in jungen Jahren die Glücksspielsucht. Besonders befeuert hat diese Debatte das kürzlich erschienene Spiel „Star Wars: Battlefront 2. Weitere aktuelle Topspiele mit vergleichbaren Mechanismen sind: Fifa 18, Call of Duty WW2, Assassin's Creed Origins, Destiny 2, Mittelmeer: Schatten des Kriegs, Need for Speed Payback oder Forza 7.

Auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses stand diese Woche auch ein Bericht des Bayerischen Innenministeriums zum Thema **„S-Bahn München: Angebotskonzept nach Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke“**. Um die zweite Röhre politisch durchzudrücken, wurde das „Blaue vom Himmel“ versprochen. Umso ernüchternder fiel nun der Bericht des Staatsministeriums aus. Allein die Baukosten haben sich seit 2010 auf heute 3,7 Milliarden Euro verdoppelt und das benötigte Wagenmaterial für unterschiedliche Bahnsteighöhen ist auf dem Markt nicht erhältlich. Für viele S-Bahn-Kunden wird sich die Situation sogar verschlechtern. Die heute schon überlasteten Außenäste werden teilweise seltener bedient und sind noch anfälliger für Störungen. Für viele Pendler bedeutet das gerade in Stoßzeiten noch mehr Verspätungen und Zugausfälle. Zwar soll es auf acht von zwölf Außenästen eine leichte Taktverdichtung sowie Regional-S-Bahnen nach Augsburg, Landshut und

Buchloe geben, aber es zeichnen sich auch zahlreiche Verschlechterungen ab. Ein dichter S-Bahn-Takt erhöht auch den Druck für die pünktliche Betriebsabwicklung auf den Mischbetriebsstrecken. Alles in allem ist das vorgestellte Angebotskonzept nicht überzeugend. So müssen Benutzer der S-Bahnen aus Freising, Tutzing und Ebersberg künftig in Laim bzw. am Leuchtenbergring umsteigen, wenn sie zu Stationen der „alten“ Stammstrecke, wie Richtung Stachus oder Isartor, wollen. Auf der S2 fahren statt sechs nur noch vier Züge und auf der S4 statt neun nur noch acht Züge pro Stunde. Das bedeutet einen Angebotsabbau bis zu 33 Prozent gerade in der Zeit, in der am meisten Fahrgäste unterwegs sind.

Die **Afrikanische Schweinepest** (ASP) ist im Baltikum und unseren östlichen Nachbarländern weiter auf dem Vormarsch. Mit über 2.600 Fällen hat sich die Zahl in kurzer Zeit mehr als verdoppelt. Mittlerweile ist die ASP bis auf 300 Kilometer an die bayerische Grenze herangerückt und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Schweinehaltung und die Fleischwirtschaft dar. Bei einem tatsächlichen Ausbruch der Schweinepest in Bayern würden Exportverbote und staatliche Bekämpfungsmaßnahmen einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen. Wir haben deshalb in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, der drohenden Ausbreitung vorzubeugen. Wichtig sind dabei schnelle Maßnahmen, um den anhaltend hohen Wildschweinbestand in Bayern zu reduzieren. Neben jagdlichen Maßnahmen und der Einhaltung strikter Hygienerichtlinien in der Schweinehaltung ist es zudem notwendig, die Informationskampagnen besonders entlang der Grenzübergänge zu intensivieren. Denn selbst über Wurstwaren aus den Schweinepest-Regionen Osteuropas – die von Reisenden unachtsam weggeworfen und von Wildschweinen oder Hausschweinen gefressen werden – kann die Seuche eingeschleppt werden. Wir fordern daher eine ordnungsgemäße Entsorgung von Lebensmittelresten an Raststätten durch tiersichere Müllbehälter. Zudem muss es streng unterbunden werden, Lebensmittel nach Deutschland einzuführen, die eine Übertragungsgefahr der Schweinepest darstellen.

Im bayerischen Landtag ist am Donnerstag leider die Petition des **Marktes Marktschorgast** gescheitert. Erhofft hatten sich die Marktschorgaster, dass erneut Gespräche mit der Deutschen Bahn

aufgenommen werden könnten und der Bahnhof Marktschorgast zeitnah komplett barrierefrei umgebaut werden könnte. Leider wurde das Ansinnen mit den Stimmen der CSU und der Grünen gegen die Stimmen der FREIEN WÄHLER und der SPD abgelehnt. Somit wurden die 700 Unterschriften, die gesammelt wurden und ebenso die Forderung des Gemeinderats abgewiesen. Nach Informationen aus Berlin kann ein stufenfreier Ausbau des Bahnhofs somit erst frühestens 2020 beschlossen werden.

Impressum

Thorsten Glauber, MdL
Klosterstraße 10
91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735
Fax 09191/6219736
thorsten.glauber@fw-landtag.de
www.thorsten-glauber.de